

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Zukunft liegt in Europa IX – Bayern, Deutschland und die EU in gemeinsamer Verantwortung für Flucht, Migration und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf der europäischen Ebene für eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik einzusetzen, wodurch bürokratische Hürden abgebaut und Asylverfahren praktikabel gestaltet werden:

- Sicherstellung der Gewährung geeigneter und angemessener Schutzmechanismen in der EU für Schutzsuchende aus Ländern, in welchen die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewährleistet ist,
- Einführung eines europaweit einheitlichen und verbindlichen Verteilungsmechanismus und Asylverfahrens mit zentralen Datenbanken, die allen Mitgliedstaaten zugänglich gemacht werden,
- EU-weit einheitlicher Vollzug des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems,
- Freizügigkeit innerhalb der EU nach erfolgreichem Asylverfahren durch den Abbau bürokratischer Hürden und Vereinheitlichung von Asylverfahren,
- Sichere Fluchtwege: langfristige und glaubwürdige Kontingente zur Aufnahme von Geflüchteten etwa im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR,
- Effektive und humane Aufnahme- und Integrationsbedingungen in den Städten und Regionen, in denen die Schutzsuchende leben.

Begründung:

Noch immer befinden sich weltweit ca. 68 Millionen Menschen auf der Flucht - so viele wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Ursachen hierfür sind vielfältig, doch immer führen Verzweiflung und Perspektivlosigkeit in der Heimat dazu, dass Menschen diese verlassen.

Trotz weltweit steigender Migrationszahlen ist die Zahl der ankommenden Geflüchteten in Deutschland und Europa in den vergangenen beiden Jahren deutlich rückläufig. Dies ist einerseits auf eine Politik der Abschottung an den EU-Außengrenzen und andererseits auf zweifelhafte Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten zurückzuführen, deren Demokratieverständnis nicht mit den europäischen Grundwerten vereinbar ist. Infolgedessen

befindet sich ein großer Teil der Schutzsuchenden unter menschenunwürdigen Zuständen in überfüllten Lagern.

Wir erwarten, dass sich Bayern, Deutschland und die Europäische Union der zum Teil selbst verschuldeten Verantwortung gegenüber diesen Menschen stellen und alles daran setzen, Asylsuchenden nach einer fairen Verteilung der Geflüchteten müssen sie eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben in Bayern oder in anderen Regionen Europas erhalten.

Dies beinhaltet auch einen sicheren Weg nach Europa, ohne der Skrupellosigkeit von Schlepperei ausgesetzt zu sein. Hierbei ist die Sicherheit der Person stets der Sicherheit des Landes voranzustellen.

Diese Aufgabe kann kein Land eigenständig bewältigen, daher befürworten wir eine solidarische europäische Lösung, zu der sich alle Mitgliedsstaaten der EU verpflichtend bekennen.